SPD-Fraktion c/o Thomas Tauber Annettestr. 15 48723 Billerbeck

Stadtverwaltung Billerbeck
z. Hd. Fr. Bürgermeisterin Dirks
Markt 1
48727 Billerbeck

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Billerbeck

Anschrift
c/o Thomas Tauber
Annettestr. 15
48727 Billerbeck

Telefon 02543 – 219 004
tom.tauber@googlemail.com
www.spd-billerbeck.de
Unsere Zeichen, Unsere Nachricht vom
HFA / Ta, 20171113
13. November 2017

Begleitanträge der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Billerbeck zum Haushaltsplanentwurf 2018

Sehr geehrte Frau Dirks,

wir bitten Sie, folgende Begleitanträge zum Haushaltsplanentwurf 2018 in den nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses (HFA) zu beraten und als Beschlussvorschlag für den Rat zur Abstimmung zu bringen:

1. Beibehaltung und Fortführung des Haushaltsansatzes „Verbesserung der Barrierefreiheit“ In 2018: „Barrierefreier Zugang Zweifachsporthalle“

Beschlussentwurf:

Der bei dem Produkt 01060.78316000 (Investitionen BGA f. Verbesserung Barrierefreiheit) gebildete Ansatz in Höhe von 15.0000,00 € bleibt im Haushaltsjahr 2018 erhalten und wird in den Jahren 2019 fortfolgende weitergeführt.

In 2018 sind die Gelder u. a. für die Erstellung eines barrierefreien Zugangs zur Ebene des Spielfeldes der Zweifachturnhalle zu nutzen. Hiermit wird innerhalb des 1. Quartals 2018 ein wassergebundener Weg, in Verlängerung der Zebrastreifenquerung am Baumgarten bis zum Toreingang der Zweifachsporthalle auf Spielfeldebene, fertiggestellt.

Begründung:

Der barrierefreie Umbau der Innenstadt für mobilitätseingeschränkte Menschen ist weit fortgeschritten und in weiten Teilen bereits erfolgreich umgesetzt worden.

Der nächste logische Schritt ist, diesen Umbau auf (Kultur-)Veranstaltungen in der Zweifachsporthalle zu übertragen.

Ziel muss es sein, dass die Teilhabe mobilitätseingeschränkter Menschen an Kulturveranstaltungen selbstbestimmt erfolgen kann – ohne Rückfragen auf eine Barrierefreiheit.

Im kommenden Jahr sollen mindestens zwei hochkarätige (Kultur-)Großveranstaltungen in der Zweifachsporthalle stattfinden. Ein barrierefreier Zugang auf die Spielfeldebene / Zuschauerenebene ist zurzeit nicht möglich.

Eine pragmatische Lösung ist der Bau eines wassergebundenen Wegs auf Höhe des Übergangs Baumgarten, abzweigend vom vorhandenen wassergebundenen Weg Baumgarten – Schulhof bis zur großen Tür der Zweifachturnhalle. Aufgrund des dort geringen Gefälles ist eine wassergebundene Ausführung des Weges möglich.

Die Fertigstellung erfolgt rechtzeitig vor Beginn der Veranstaltungssaison und dient so auch Vereinen und Verbänden in der Zweifachsporthalle als barrierefreier Zugang.

2. Haushaltsansatz „Vorplanung Neubau Lehrschwimmbecken“

Beschlussentwurf:

Im Haushalt 2018 wird ein auskömmlicher Ansatz (10.000,00 €) für die Erstellung einer Vorplanung zum Neubau eines Lehrschwimmbeckens an der Johanni-Grundschule eingestellt.

In der Vorplanung sind die baulichen Möglichkeiten (Anbau, Neubau) und die voraussichtlichen Kosten darzustellen. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, bereits jetzt Fördermöglichkeiten in den Blick zu nehmen.

Begründung:

In der Bundesrepublik kann jedes 6. Kind laut Statistik nicht schwimmen. Studien zufolge hängt die Schwimmfähigkeit auch mit der sozialen Herkunft zusammen. Es ist daher der Auftrag der Schule, jedem Kind das Schwimmenlernen zu ermöglichen.

So klagt z. B. auch die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), dass die NRW Grundschul Kinder immer schlechter schwimmen können. Die Ziele des Lehrplans würden seit Jahren verfehlt. Das liege auch daran, dass immer mehr Bäder schließen.

Die Grundkompetenz „Schwimmen“ kann in Billerbeck nur vermittelt werden, wenn wir in Billerbeck auch die Möglichkeit dazu geben.

Die SPD-Fraktion möchte, dass jedes Kind in Billerbeck, egal welcher Herkunft oder mit welchem Handicap, schwimmen lernt. Dies ist nur möglich, wenn es ein intaktes und kontinuierlich einsetzbares Lehrschwimmbecken an der Grundschule gibt. Das Freibad mit seinen saisonalen Möglichkeiten ist da nur bedingt hilfreich.

Vor vielen Jahren wurde bei einer Schwimmbadbegehung in der Grundschule eine gute Möglichkeit angedacht. Es sollte ein neues kleines Schwimmbad direkt hinter die Schule gebaut werden.

Alle Kommunalpolitiker waren damals sehr von dieser Idee angetan. Während das alte Schwimmbad weiter genutzt würde, sollte parallel ein neues entstehen.

Leider wurde diese Idee nie verwirklicht oder mal im Detail durchdacht.

Stattdessen wurden immer wieder Summen in die Hand genommen, um das in die Jahre gekommene Schwimmbad im Kellergeschoss zu sanieren.

Dabei war immer klar, dass eines bei den Sanierungen nie erreicht werden kann: die Barrierefreiheit, und das, obwohl die Schule inklusiv arbeitet und eventuelle Schülerinnen und Schüler mit Körperbehinderung demzufolge am Schwimmunterricht nur bedingt oder gar nicht teilnehmen können.

Die SPD ist der Meinung, dass diese überfälligen Überlegungen nun endlich in die Tat umgesetzt werden müssen, um mittel- und langfristig gut aufgestellt zu sein.

Ein zusätzlicher Aspekt, den man bei der Entscheidung für die Planung und den Neubau eines kleinen Schwimmbeckens mit ins Blickfeld nehmen könnte, ist der Rehasport. Mit einem barrierefreien Schwimmbecken hätte man die Möglichkeit, für den Rehasport ein Bewegungsbad anzubieten, das nach der Schule für Rehamaßnahmen genutzt werden kann. Der Bedarf für Aquasport steigt, denn im Umkreis wurden schon mehrere Bäder, die für diesen Zweck genutzt wurden, geschlossen.

Es wäre im Anschluss an die Planung zu prüfen, ob bei dem Bau eines Bewegungs- und Lehrschwimmbeckens in 2019 / 2020 auch Mittel der Guten Schule 2020 eingesetzt werden können.

3. Haushaltsansatz „Anschaffung von Elektrofahrzeugen“

Beschlussentwurf:

Im Haushalt 2018 werden für die Neuanschaffung in städtisches Eigentum oder für die Fortführung im Leasing (sofern die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen werden kann) für den Einsatz von Elektrofahrzeugen als Dienstwagen (Verwaltung, Abwasserbetrieb, Bauhof, Feuerwehr, Essensauslieferung) ab dem Jahr 2018 die Ansätze gebildet bzw. angepasst.

Bei Bedarf sind auch Ansätze für eine nicht vorhandene Ladeinfrastruktur zu bilden.

Sponsoring- und Fördermöglichkeiten sind zu nutzen.

Begründung:

Auf ihrer Webseite wirbt die Bundesregierung in einem ersten Satz „Einsteigen, losfahren, schnell, bequem und sicher ankommen“ für Elektromobilität, als Mobilität der Zukunft.

Ziel der Bundesregierung ist es, bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straße zu bringen. Bis 2030 sechs Millionen.

Der Ausstoß großer Mengen CO₂ und von Schadstoffen, sowie Lärm belasten Mensch und Umwelt, nicht nur in unserer Stadt.

Es ist daher – auch aus Sicht der SPD-Fraktion – wichtig, auf effiziente und alternative Antriebsformen und Kraftstoffe zu setzen und diesen zum Durchbruch zu verhelfen.

Da die städtischen Fahrzeuge überwiegend im regionalen Einsatz sind und damit häufig kurze Strecken zurücklegen, stellen Elektrofahrzeuge bereits heute eine echte Alternative zu den mit Verbrennungsmotoren ausgestatteten Fahrzeugen dar. Voraussetzung sind entsprechende Ladestationen an den Stellplätzen, wie z. B. am Rathaus.

Mit ihrem Pilotprojekt „Streetscooter“ geht die Deutsche Post vorbildlich voran und hat elektrogetriebene Kleintransporter im Einsatz. Künftig ist angedacht, dass diese Fahrzeuge auch dem Geschäftskundenmarkt zur Verfügung gestellt werden sollen. Diese Entwicklung muss bereits jetzt in den Blick genommen werden. Vorstellbar ist der Einsatz zur Essenauslieferung im innerstädtischen Bereich und am Bauhof.

Auch andere Mitbewerber am Markt arbeiten an funktionalen Fahrzeugen, die weniger am Design orientiert sind, als vielmehr an praktischen Einsatzmöglichkeiten.

Weiterführende Informationen finden sich auf den Seiten der Bundesregierung und unter: www.streetscooter.eu.

Ab 2018 sollte die Stadt als Vorbild vorangehen und bei Neu- und Ersatzanschaffungen auf Elektromobilität setzen, sofern die Nutzungsanforderungen erfüllt werden. Den finanziellen Rahmen gilt es jetzt für die Zukunft und zum Nutzen von Mensch und Umwelt zu schaffen.

4. Freiwillige Bezuschussung des Tierschutzverein Coesfeld, Dülmen und Umgebung e.V. mit zweckgebundenen Mitteln für die Kastration von Fund-Katzen aus Billerbecker Gebiet

Beschlussentwurf:

In den Haushalt der Stadt Billerbeck wird ein noch näher zu bestimmender Betrag (mindestens 2.000,00 €) eingestellt, der dem Tierschutzverein Coesfeld, Dülmen und Umgebung für die Kastration von Fund-Katzen aus Billerbecker Gebiet zur Verfügung gestellt wird. Diese freiwillige zusätzliche Zahlung soll zweckgebunden sein.

Begründung:

Die Unterbringung und Versorgung von Fundtieren ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die unter die Pflichtaufgaben der Kommunen fällt. Im Allgemeinen erfüllen diese Aufgabe Tierschutzvereine / Tierheime, mit denen die Kommunen Fundtierverträge schließen, in denen die Konditionen geregelt werden. Im Falle von Billerbeck und weiterer Kommunen aus dem nördlichen Kreis Coesfeld bestehen diese Verträge mit dem Tierschutzverein Coesfeld, Dülmen und Umgebung.

Die Kommunen sind bisher jedoch nur verpflichtet, die Kosten für Unterbringung und Versorgung der Tiere zu tragen (Personalkosten, Futter, Wasser, Strom, etc.), nicht jedoch die Kosten für die medizinische Versorgung der Tiere (Entwurmung, Entflohung, Impfung, sonstige Behandlung), eben so wenig die Kosten für Kastrationen.

Diese Kosten werden ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden aufgebracht!

Die ungewollte Vermehrung verwilderter und halbverwilderter Katzen ist schon seit Jahren ein Problem, doch seitdem für NRW ein Katzenabschussverbot erlassen wurde, ist die Zahl der Fundkatzen sprunghaft angestiegen, die sich darüber hinaus häufig in einem schlechten Gesundheitszustand befinden. Das Tierheim wird mit der Unterbringung kaum noch fertig und die Kosten für tierärztliche Versorgung und Kastration der Tiere übersteigen die Möglichkeiten des Tierschutzvereins.

Die Landesregierung lässt die Tierschutzvereine mit den Folgen des Abschussverbotes im Regen stehen und beruft sich auf die Einführung einer Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht. Diese würde jedoch bei der o.g. Gruppe von Katzen nicht greifen, die ja hier das größte Problem darstellt.

Die Kosten für die Unterbringung der Fundtiere, die durch die Stadt Billerbeck zu tragen sind, haben sich auf diese Weise inzwischen nahezu verdreifacht.

Der Tierschutzverein kämpft durch Kastrationen gegen diesen unhaltbaren Zustand an, doch die zur Verfügung stehenden monetären Mittel reichen bei Weitem nicht aus. Auch die Gelder, die der LANUV zur Verfügung stellt, sind viel zu schnell erschöpft. Dem Tierschutzverein droht, wie vielen anderen Tierschutzvereinen im ländlichen Raum, auf Dauer der Kollaps.

In Anbetracht dieser Tatsache, sollte die Stadt dem Verein Mittel zur Verfügung stellen, um das Übel bei der Wurzel zu packen und die Zahl der ungewollten Katzenbabys nachhaltig reduzieren zu können. Nur so können die Kosten langfristig gesehen gedrückt und das Katzenelend, sowie die Übertragung ansteckender Krankheiten eingedämmt werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Thomas Tauber

**– Thomas Tauber –
Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Billerbeck**